

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preisnachlassungen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Weltweit-Abnahme, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Weltweit, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 8-9.

Die achtseitigen Nonparillblätter oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Erwerbssteuer. Kleine Anzeigen: Das freigelegte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbssteuer. Kaufleute Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in West-Anzeigen: das freigelegte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518 4002, 4655, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An die Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratie!

In der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei, veröffentlichten die Genossen Ernst Däumig, Adolf Hoffmann und Walter Stoedter, Mitglieder der Parteivorstandes, einen Aufruf an die Unabhängige Sozialdemokratie. Gleichzeitig wird von den Genossen Däumig und Stoedter ein Flugblatt in Massen verbreitet. Genosse Crispian ersucht nun als Vorsitzender der Unabhängigen Partei um Veröffentlichung folgenden Artikels:

Die Hüllen fallen! Die Unabhängige Sozialdemokratie soll zertrümmert und ihre Mitglieder den Kommunisten zugehört werden.

Die kommunistische Partei ist infolge ihrer schlechten Organisation in ihrer verantwortungslosen Rutschaktivität nicht fähig gewesen, größere Massen zu sammeln. Deshalb hat sie ihre ganze Stoßkraft gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats, gerichtet. Deshalb hat sie planmäßig unsere Partei mit kommunistischen Zellen durchsetzt. Deshalb hat sie gegen alle unsere Mitglieder, die sich gegen die kommunistischen Treibereien wehren, eine persönliche Hege eröffnet. Sie werden als Sozialverräter, als Konterrevolutionäre, als Feinde Sowjetrusslands, als Sozialpassifisten, als „rechte“ Führer verleumdet.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich aus kleinen Anfängen unter den schwierigsten Verhältnissen des Krieges, der Revolution, der Verfolgungen, des Belagerungsstandes, durch die Opferwilligkeit und Selbstbetätigung aller ihrer Mitglieder zu der revolutionären Massenpartei Deutschlands entwickelt. In dem Augenblick, wo diese Macht für die revolutionäre Entwicklung eingesetzt werden kann, verdoppeln sich die Anstrengungen, das

Werk der Zertrümmerung

zu vollenden. Denn nur dadurch vermehren die Kommunisten eine große Partei werden zu können. Dazu haben sie die Moskauer Internationale mißbraucht. Deshalb haben sie das Exekutivkomitee zu immer größerer Verschärfung der Bedingungen veranlaßt, und dadurch den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie als Partei verhindert. Ihr Vertreter Ernst Meyer hat auf dem Kongreß die Absicht offen verkündet: Die Unabhängige Sozialdemokratie muß gespalten werden, die „linken Führer“ dürfen nicht mehr vor der Spaltung zurücktreten.

Einige Tatsachen über die Zertrümmerungsarbeit.

In Berlin besteht bereits eine eigene Organisation gegen die Partei. In ihr betätigen sich bekannte Mitglieder der Berliner Organisation. Sie arbeiten Hand in Hand mit Vertretern der Kommunisten. In einer der Sitzungen, die bezeichnenderweise im Jugendheim der Kommunistischen Partei abgehalten wurde, war der Kommunist Schulz anwesend, ein Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei. Schulz hat wiederholt öffentlich erklärt, daß auf die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie hingearbeitet werden müsse. Er ist einer der eifrigsten Organisatoren der Zertrümmerung unserer Partei. Und mit ihm arbeiten Mitglieder der Partei aufs engste zusammen!

In Berlin sind Anweisungen ausgegeben, wie die Parteiverfassungen zu befehlen und durch Zwischenrufe die Stimmung zu beeinflussen wäre. Auch die Einberufung von öffentlichen Versammlungen durch die Kommunisten wurde durch Mitglieder unserer Partei mit veranlaßt. An „zuverlässige“ Genossen werden regelmäßig Referentmaterial und Resolutionsentwürfe für den Anschluß verschickt.

Von Berlin aus wird das Reich bearbeitet. Auf dem außerordentlichen Parteitag der U. S. P. Oberschlesiens wurde eine der in Berlin fabrizierten Resolutions in der Tat angenommen. In der Kreisdelegiertenversammlung in Dresden machte unser Parteisekretär Genosse Menke eingehende Mitteilungen über die persönliche Hege, die betrieben wird. In geheimen Konventikeln hätte man beraten, wie er und Genosse Fiehnner zu beseitigen seien. Darauf mußte der Genosse Wittwald zugeben, daß er in ständiger Verbindung mit der Berliner Betriebsrätezentrale stehe und von dort dauernd Material erhalte. Ähnliche Vorgänge werden aus anderen Orten berichtet. In Danzig erschien vor kurzem der Kommunist Eberlein und bestellte die Vertrauensleute der U. S. P. D. hinterherum zu einer Sitzung, in der sie für den Anschluß bearbeitet wurden. In Bremen erklärten Kommunisten einigen U. S. P.-Mitgliedern ihre Bereitwilligkeit, Geld zur Verfügung zu stellen, um geeignete Referenten aus Berlin kommen zu lassen.

In einem Teil der Presse unserer Partei wird ganz offen der Untergang der Partei verlangt. So schließt die „Hamburger Volkszeitung“ vom 6. September ihren Leitartikel mit den Worten: „Für die U. S. P. gilt das Wort: Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen!“

Aber noch mehr! Mitglieder der Parteileitung veröffentlichten einen Aufruf, worin sie sich gegen einen Beschluß der Parteileitung wenden. Sie erheben gegen ihre Genossen und Kollegen die schärfsten persönlichen Angriffe und Beschuldigungen.

Die Schuldenlast des Reiches

242,7 Milliarden Schulden!

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts hat der Reichsfinanzminister Dr. Wirth einige Angaben über die Finanzlage des Reiches gemacht. Wir entnehmen ihnen, daß die Ausgaben des Reiches sich im ordentlichen Etat auf 30,4 Milliarden belaufen. Der außerordentliche Etat sieht Ausgaben vor in der Höhe von 39,7 Milliarden und Einnahmen von 2 Milliarden, hat also einen Fehlbetrag von 37 Milliarden. In diesen Zahlen sind die reichseigenen Betriebe, Eisenbahn und Post, nicht mit enthalten. Für sie wird vielmehr ein besonderer Haushalt aufgestellt, bei dem jetzt für die Reichseisenbahnverwaltung ein Fehlbetrag von über 16 Milliarden und bei der Post ein Fehlbetrag von über 2 Milliarden feststeht. Wenn es nun auch gelungen ist, den ordentlichen Haushalt bei höchster Anspannung aller Einnahmequellen auf dem Papier zu balancieren, so verbleibt immerhin aus den nicht gedeckten Ausgaben des ordentlichen Haushalts und der Post und Eisenbahnen ein Gesamtfehlbetrag von 37,7 + 18 Milliarden = 55,7 Milliarden Mark.

Die Gesamtforderung für Entschädigungen an Reichsangehörige infolge des Krieges beläuft sich auf 131 Milliarden. Dazu kommen gewaltige Milliardenausgaben, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages ergeben. Es ist deshalb nicht zu verwundern, so führte der Minister aus, daß die schwebende Schuld des Reiches ist im Jahre 1920 und zwar bis zum 18. September um 47,5 Milliarden gewachsen. Die diskontierten Schahenweisungen und Schahwechsel beliefen sich am 18. September auf 132,3 Milliarden Mark, wozu sich weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schahenweisungen und Schahwechseln sowie Sicherheitsleistungen in Höhe von 19,4 Milliarden gesellen. Die Gesamtschuld mit Einrechnung der sundierten Schuld im Betrage von 91 Milliarden beträgt demnach 242,7 Milliarden. Dazu treten die den Ländern noch restlich abzunehmenden schwebenden Schulden und Zinsverpflichtungen an die Länder aus Anlaß der Übernahme der Eisenbahnen im Gesamtkapitalbetrag von 25 Milliarden und die von den Ländern vorausgelegten Beträge für Familienunterstützungen, Kriegswohlfahrtspflege usw. in Höhe von 16 Milliarden.

Der Reichsfinanzminister richtete im Anschluß an seine Darlegungen die verdeckte Mahnung an die Beamten und Angestellten, in ihren Forderungen auf Aufbesserung ihrer Bezüge zurückhaltender zu sein. Er rechnete mit vielen Zahlen

aus, um wieviel Millionen sich die Ausgaben des Reichs und der Länder erhöhen würden, wenn man die Wünsche der Beamten und Angestellten befriedigen wolle. Diese Stellung des Finanzministers ist außerordentlich kennzeichnend für den Geist, der nicht nur in seinem Amt, sondern in der ganzen Regierung herrscht. Durch den Steuerabzug werden die Lohnempfänger bis an die Grenze des Erträglichsten zur Steuerleistung herangezogen. Den besitzenden Klassen dagegen wird immer weiter Zeit gelassen, um sich ihren Steuerpflichten zu entziehen; ihre Vermögen und Einnahmen vor dem Steuerfiskus in Sicherheit zu bringen.

Dr. Wirth zieht sein Rücktrittsgesuch zurück

Aus dem Bericht über die sonstigen Verhandlungen des Reichskabinetts erfahren wir, daß der Referentenvorschlag für die Besatzungsordnung zur Grundlage eines Gesetzentwurfes gemacht werden soll. Durch ein Sperrgesetz soll eine einheitliche Regelung der Beamtenbefolgung gesichert werden. Der Reichsfinanzminister entwickelte dann eine Reihe von Forderungen, die zum Zwecke der Gesundung der Reichsfinanzen durchgeführt werden sollen. Keinerlei Abschwächung der Steuergehalte ist beabsichtigt, insbesondere gelte dies von dem Reichsnotopfer. Ein Gesetzentwurf, der auf der Grundlage des Reichsnotopfers einen erheblichen Teil seines Ergebnisses alsbald dem Reich zuführen soll, werde mit Beschleunigung eingebracht werden. Das Reichsfinanzministerium werde dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt Nachweise über den gegenwärtigen Stand der Steuerveranlagung und Erhebung geben.

Die weiteren Erörterungen über die programmatischen Darlegungen des Reichsfinanzministers führten zu voller Einmütigkeit in dem Beschluß, die Stellung des Reichsfinanzministers im Reichskabinett zu kürzen und seinen Einfluß auf die Finanzgebarung des Reichs zu erweitern. Das Reichskabinett beschloß dann einstimmig, daß eine Einschränkung der Ausgaben in allen Etats und größte Sparjamkeit durchgeführt werden solle. Die Beseitigung des Fehlbetrages bei der Eisenbahn und bei der Post soll mit allen Kräften angestrebt werden.

Ein Gesetz über die Sozialisierung des Bergbaues

Schließlich trat das Kabinett in eine Erörterung der Sozialisierungsfragen ein und beschloß einstimmig, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichtes der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen. Die Ueberprüfung der Ernährungspolitik des Reiches im Zusammenhang mit der finanziellen Lage und die Weiterbehandlung der Wirtschaftstragen erfolgt im Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts, der Freitag die programmatischen Beratungen fortsetzen wird.

ungen. Sie verstehen diesen Aufruf nicht an die Parteipresse, wohl aber an die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der deutschen Kommunisten.

So arbeiten Mitglieder der Partei in engster Fühlung mit den Kommunisten, deren Führer Dr. Lepp bei seiner Berichterstattung aus Moskau erklärt hat: „Wir werden die Bedingungen auslegen, wie wir sie auffassen und werden sie viel härter stellen, als die U. S. P.-Deutschen glauben, sie schluden zu müssen.“

Einen wichtigen Schritt haben die Kommunisten bereits getan. Sie haben ihren Namen geändert und heißen jetzt „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale)“. Das ist der Name, den Moskau vorgeschrieben hat, und damit erheben die Kommunisten den Anspruch, daß die bisherige Unabhängige Sozialdemokratische Partei in ihrer Partei aufgehen muß. Das bedeutet zugleich, daß sich die heutige kommunistische Zentrale die Leitung über die künftige Partei unter allen Umständen sichern will. Die Annahme der Moskauer Bedingungen bedeutet also die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie unter die Diktatur der kommunistischen Parteizentrale.

Damit ist der Beweis geliefert,

daß es sich um die völlige Vernichtung unserer Partei handelt. Und das bedeutet eine verwerfliche Schwächung der deutschen Arbeiterschaft. Sie bedeutet, daß an Stelle der Zusammenschließung aller Kräfte zu revolutionärer Arbeit, Selbstzerfleischung und damit Lähmung der proletarischen Energie eintritt. Wir wären aktionsunfähig zur Zeit der Wirtschaftskrise, zur Zeit der Arbeitslosigkeit, der Massenverelendung. Das ist

Arbeit für die Konterrevolution,

nicht proletarische Politik. Die Schwächung der Bewegung im einzelnen Lande, bedeutet zugleich die Unmöglichkeit, eine wirklich aktionsfähige Internationale zu schaffen. Wichtigste Vorbedingung jeder Internationale der Tat sind geschlossene revolutionäre Massenparteien in den einzelnen

Ländern. Es ist wegen der Verschiedenartigkeit der Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern unmöglich und unmöglich, eine einzige internationale Partei zu bilden, die Internationale kann nur die Zusammenfassung der sozialrevolutionären Parteien aller Länder sein. Die Kommunisten aber tragen die Spaltung von Land zu Land, zertrümmern die Macht der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und zerbrechen jede Aktionstrategie. Sie töten so die Internationale!

Das darf nicht geschehen! Deshalb fordert von uns unsere Pflicht und unsere Einsicht, die Bedingungen des Moskauer Exekutivkomitees grundsätzlich abzulehnen. Jeder revolutionäre Proletarier muß sich

gegen den Spaltungswahnflut

erheben, und das verwerfliche Werk fanatischer Sektierer verhindern! Das Ziel der Kommunisten ist aber unserer festen Ueberzeugung nach aussichtslos. Es ist unmöglich, daß die entwickelte Arbeiterschaft sich Bedingungen auferlegen läßt, die jede Selbstbestimmung und Selbstbetätigung ausschließen, alles geistige Leben erlöten. Die Wirkung der Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale ist unbestreitbar die Vernichtung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Befürworter dieser Bedingungen versuchen diese Wirkung abzuschwächen oder ganz in Abrede zu stellen, um die Mitglieder unserer Partei mit verbundenen Augen den Kommunisten in die Arme zu treiben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Bestimmungen, die den Ausschluß aller Parteitagebelegierten und aller Mitgliedschaften verlangen, die sich dem Diktat nicht unterwerfen, nur auf die Spaltung berechnet sind. Es ist unmöglich, daß der Arbeiterklasse eine Politik von oben und außen aufgedrängt wird in revolutionären Zeiten, wo die Selbstbetätigung und die Entscheidung bei den Massen selbst liegen muß. Es ist unmöglich, daß die deutsche Arbeiterschaft auf die Selbstbestimmung verzichtet, wenn es sich um Tod und Leben handelt. Wenn es sich um den Zeitpunkt der revolutionären Erhebung, wenn es sich um Krieg oder Frieden handelt, dann müssen die Massen sprechen und nicht eine kleine Zahl von Führern bestimmen. Wir können keine Hasardpolitik

reiben, die von außen bestimmt wird. Die deutschen Arbeiter müssen Herren ihres Geschickes bleiben!

Deshalb muß die

Unabhängige Sozialdemokratische Partei erhalten

bleiben. Ihre historische Aufgabe ist es, auf der unerschütterlichen Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus den Kampf zur Eroberung der politischen Macht und für die Diktatur des Proletariats durchzuführen. Sie muß kämpfen gegen den Sozialreformismus, gegen das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaften und gegen alle Verschleierung des Klassenkampfes. Aber sie muß auch die pseudo-radikale Putschtaktik der Kommunisten bekämpfen, die das Proletariat blutigen Niederlagen entgegenführen kann. Dazu muß sie sich stützen können auf kampferprobte und kampfbereite Massen, die wissen, was sie wollen, die zu Opfern bereit sind, die aber auch selbst bestimmen über die Politik und Taktik ihrer Partei. Deshalb muß jede Diktatur von Führern abgelehnt werden, und deshalb muß die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands bestehen bleiben. Dann wird sie auch imstande sein, in enger Verbindung mit den anderen sozialrevolutionären Parteien zu einer Verständigung mit den russischen Kommunisten zu gelangen. Festigkeit und Entschlossenheit im Kampf für die Grundzüge und Taktik des Marxismus, des revolutionären Sozialismus, werden unsere Partei in Deutschland und in der Internationale ihre großen Aufgaben erfüllen lassen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wird deshalb unter keinen Umständen abdanken!

Stärker denn je lebt in uns allen die Ueberzeugung, daß unsere Partei berufen ist, die proletarischen Massen unter ihrem Banner zusammenzufassen.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Arthur Crispian.

Die Parteierztrümmerung

Nachdem gestern in der „Roten Fahne“ der von Däumig, Hoffmann, Koenen und Stöcker unterzeichnete „Aufruf der linken U. S. P.“ erschienen war, den wir in unserer gestrigen Abendausgabe gebührend kennzeichneten, ging uns in den Abendstunden der Aufruf mit folgendem Begleitbrief zu:

Berlin, den 22. September 1920.

Meine Genossen!

Im Auftrage des Genossen Adolf Hoffmann erhalten Sie den beiliegenden Aufruf, der Ihnen offenbar infolge eines technischen Versehens nicht rechtzeitig zugegangen ist.

Der Brief trägt keine Unterschrift, wir wissen also nicht, wem wir die Uebermittlung des „Aufrufs der linken U. S. P.“ zu verdanken haben. Wir können aber gerne dem Ersuchen nach, den Aufruf zu veröffentlichen, schon, damit unsere Leser unterrichtet sind, wie und mit welchen Mitteln an der Zerstörung unserer Partei gearbeitet wird. Nachstehend der Wortlaut des Aufrufs:

Parteilgenossen und Genossinnen!

Der heftige Kampf gegen die revolutionäre 3. Internationale, in den einige rechte Führer der Partei einen Teil der Mitglieder hineingerissen haben, treibt die U. S. P. jetzt zur Entscheidung.

Wenn wir uns in dieser Parteifrage mit einem besonderen Aufsatze direkt an die Parteimitglieder wenden, so geschieht das, weil wir unmöglich noch länger schweigen können. Der rechte Flügel unserer Partei will den Willensausdruck der Mitglieder der Partei veröffentlichen, indem er seine Mehrheit im Zentralkomitee mit allen Mitteln der Ueberzumpfung zu dem Versuch ausnützt, sich auf dem kommenden Parteitag doch noch eine gefügige Mehrheit zu verschaffen.

Da wir für eine wohlbegründete und wirklich sachliche Entscheidung über den internationalen Anschluß unserer Partei sind, und in Ruhe alle Genossen sich Klarheit über die damit zusammenhängenden Fragen verschaffen lassen wollten, so schlugen wir den Monat November für den Parteitag vor. Gegen unseren Widerstand beschloß die rechtsstehende Mehrheit des Zentralkomitees allein ohne Zustimmung des Beirats zunächst den 24. Oktober, einen Termin, den wir aus mehrfachen Gründen schon für reichlich zu früh hielten.

In der letzten Sitzung aber hat die rechtsstehende Mehrheit wiederum ohne Beirat gegen unseren entschiedenen Protest aus dem nur vorgeschobenen und nichtstichhaltigen Grunde einer Parlamentstagung den Parteitag noch früher angesetzt, und zwar auf den 12. Oktober. Diese Taktik zeigt klar, daß die sachliche Aufklärungsarbeit fürstet. Sie hofft, durch die jetzt natürlich in aller Ueberzumpfung vorzunehmenden Delegiertenwahlen für sich doch vielleicht noch eine Mehrheit gewinnen zu können. Gegen dieses überstürzte, unsachliche und zerrüttende Verfahren legen wir den entscheidenden Protest ein.

Parteilgenossen und Genossinnen! Laßt Euch nicht beirren! Wählt jetzt erst recht nur Delegierte, die fest und entschlossen auf dem Boden des Anschlusses an die 3. Internationale stehen. Laßt Euch in dieser entscheidenden Stunde nicht mehr von irgendwelchen Sentimentalitäten und Gefühlsräuscheln leiten. Es geht um das Schicksal der revolutionären Partei, um das Schicksal der Revolution!

Weil die reformistische und opportunistische Rechte der Partei sich in ihren sachlichen Argumenten so schwach fühlen, hat sie schon im voraus planmäßig die Diskussion über die Internationale auf die organisatorische Frage verschoben. Aber all ihr Gerede von der angeblichen Moskauer Bonjendiktatur und der Entrechtung der Mitglieder ist nur bewußte Täuschungsmanöver der rechten Führer nicht hinein! Der ganze Kampf soll und muß um die sachliche Entscheidung gehen.

Wollen wir eine klare, reine, revolutionäre Massenpartei werden und durch Ausschöpfung aller uns hemmenden und lähmenden Elemente endlich die wirklich führende, vorwärtsdrängende Proletarierpartei werden — oder nicht?

Wollen wir rückwärts die Diktatur des Proletariats mit allen Mitteln als Kampfojekt erstreben — oder nicht?

Wollen wir eine Parte, straffe Internationale der wahrhaft revolutionären Proletarier aller Länder — oder nicht?

Unsere 3. kommunistische Internationale ist die revolutionäre Internationale, die Euch, das deutsche Proletariat, in den uns drohenden schweren Kämpfen fest zusammenschweißen, führen, fördern und führen wird.

Wie wenig es der Rechten in unseren Instanzen um eine wirklich sachliche Entscheidung über diese revolutionäre 3. Internationale geht, zeigt ein anderer Beschluß. Der Groß-Thüringer Bezirk hatte an das Zentralkomitee den Antrag gerichtet, einen bevollmächtigten Vertreter des Moskauer Exekutivkomitees zu unserem Parteitag einzuladen, um über die verschiedenen Auslegungen der Aufnahmebedingungen Auskunft zu geben. Aus allgemeinen, politischen und sachlichen Gründen unterzählten wir diesen Thüringer Antrag. Die Rechte im Zentralkomitee erklärte es aber als unserer Partei „unwürdig“, eine Exekutivdelegation zu unserem Parteitag einzuladen, noch zu einem Parteitag einzuladen. Mit dieser Ablehnung enthalten die Rechten vollends ihre Taktik, die darauf ausgeht, jede sachliche Klärung zu verhindern.

Genossen und Genossinnen! Laßt Euch also nicht durch das heuchlerische Gerede der rechten Führer über die Spaltung irgendwie irren machen. Wer den Anschluß an die 3. Internationale erstrebt, der will nicht die Spaltung. Wir wollen, wie wir es immer betont haben, die Mehrheit der Partei für die Internationale des Weltproletariats gewinnen, um dadurch die Einigung des tatkraftig revolutionären Proletariats nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale endlich zu verwirklichen. Vorwärts für die deutsche Revolution! Organisiert den Kampf gegen das Weltkapital! Parteimitglieder, in Euren Händen liegt die Entscheidung! Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die proletarische Diktatur! Es lebe Räteruhland und die kommunistische Internationale! Ernst Däumig, Wilhelm Koenen, Adolf Hoffmann, Walter Stöcker.

Die Mobilisierung des Orients gegen England

Enver Pascha für die 3. Internationale

DA, Moskau, 22. September.

Ueber den Verlauf des Kongresses der Ostvölker in Baku meldet ein Funkentelegramm, daß die große Rede Sinowjews, in welcher er den heiligen Krieg für die nationale und soziale Befreiung aller Ostvölker predigte, begeisterte Zustimmungskundgebungen hervorrief. Die Kongreßdelegierten schwangen ihre Säbel und schrien Lloyd George und Millerand Raube in allen Sprachen des Kaukasus, Kleinasiens und Mittelasiens. Der Kongreß wählte einen Aktionsauschuß, ferner eine ständige Kommission und jeder Staat ist in beiden Körpern durch je einen kommunistischen Vertreter und einen Delegierten der Bürgerschaft vertreten. Auch Enver Pascha nahm an dem Kongreß teil und sprach in einer langen Rede für die dritte Internationale aus. In russischen Regierungskreisen herrscht über das Ergebnis des Kongresses große Befriedigung und Tschitscherin erklärte offen in einer Rede im Zentralkomitee zu Moskau, daß es ihm gelungen sei, den ganzen Orient gegen England zu mobilisieren.

Nach einer Meldung aus Moskau ist Enver Pascha von dem Kongreß der Ostvölker in Baku zu den Truppen von Mustafa Kemal Pascha abgereist und soll dort das Oberkommando übernehmen.

Afghanistan und Sowjetrußland

Moskau, 18. September.

Die Sowjet-Regierung veröffentlicht folgenden Funkpruch an Kabul: Telegramm Sr. Majestät des Emirs von Afghanistan an den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Genossen Lenin:

„Mit dem ersten Funkpruch der Funkstation, die mir von Ihnen als Geschenk übersandt worden ist und welche für mich von großem Wert ist, bringe ich Ihnen, Genosse Lenin, meine Anerkennung zum Ausdruck. Ama ul Chan.“

Die Linksparteien gegen Millerand

Paris, 22. September.

Die demokratische Linke, die Sozialisten, die Radikalen und die radikalen Sozialisten haben gestern beschlossen, die Kandidatur Millerands abzulehnen und einen Gegenkandidaten anzustellen, über dessen Namen heute Beschluß gefaßt werden soll. Léon Bourgeois wird neben Peret am meisten genannt.

Paris, 22. September.

Die Gruppe der demokratischen Linken des Senats und die radikalsocialistische Gruppe der Kammer und des Senats, zu denen sich einige Mitglieder der anderen republikanischen Gruppen der beiden Kammern gesellt hatten, haben beschlossen, ihre Stimmen Bourgeois oder Peret zu geben.

Bourgeois hat einen Brief an Doumergue gerichtet, in dem er erklärt, er wolle keine Präsidentschaftskandidatur annehmen, da er weiterhin im Vorste des Bollerbundes zu bleiben wünsche.

Peret hat Parlamentarier gegenüber erklärt, er könne nicht Gegenkandidat Millerands sein und keine ihm angebotene Kandidatur für die Präsidentschaft annehmen.

Paris, 22. September.

In der heutigen Verabstimmung entschieden von 818 abgegebenen Stimmen auf Ministerpräsident Millerand 628, auf den Senatspräsidenten Bourgeois 118 Stimmen und auf den Kammerpräsidenten Peret 167 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zerplittert, oder es waren weiße Stimmzettel abgegeben worden. Millerand ist damit als alleiniger Kandidat für die Präsidentschaft angestellt.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter

Vor der Entscheidung

London, 22. September.

Einer Neutermeldung zufolge besagt der kurze offizielle Bericht über die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten, daß die Konferenz das Streikprogramm annimmt.

Die Delegierten des Eisenbahnerverbandes hielten eine lange Konferenz ab, um über den drohenden Streit der Kohlenbergwerksarbeiter zu beraten. Mitteilungen über den Verlauf der Konferenz wurden nicht veröffentlicht.

Amsterdam, 22. September.

Ein Funkpruch aus Horsea besagt, daß die meisten Londoner Blätter der Ansicht sind, bevor die Streikpolitik von den englischen Bergarbeitern endgültig angenommen werde, sei noch ein letzter Versuch zur Beilegung des Konfliktes zu erwarten. Dailly Chronicle erzählt, daß die Bergarbeiter beabsichtigen, zur Verhütung des Streikes noch einmal an die Regierung heranzutreten. Der allgemeine Aktionsrat der Transportarbeiter stimmte den Forderungen der Bergarbeiter zu, erklärte sich jedoch für eine Fortsetzung der Beratung über die Lage durch den Arbeiterdreifund. „Daily Mail“ zufolge haben die Eisenbahner beschlossen, für eine Intervention zu Gunsten einer Regelung einzutreten.

Der internationale Gewerkschaftskongreß

Rotterdam, 22. September.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß sich der Internationale Gewerkschaftskongreß, der in London tagen wird, um über die Befreiung der Wiederherstellung Europas zu beraten, mit der Frage der Erleichterung der internationalen Verteilung von Lebensmitteln, Steinkohlen und Rohstoffen, der Stabilisierung der Währungen und der Sozialisierung der Industrien befaßt wird.

Das ungarisch-französische Geheimabkommen

DA, Budapest, 22. September.

Der Chef des Militärkabinetts des Reichsverwesers Horthy, General Lang, ist mit einigen Offizieren zur Auswahl der Aus-

rüstung für die ungarische Armee nach Paris gereist. Die Mission wird einen militärischen und einen politischen Charakter tragen. Die Mission General Langs bildet eine direkte Bestätigung unserer Meldung über einen ungarisch-französischen Geheimvertrag. Auch das Dementi der ungarischen Regierung wird durch die heutige Meldung als Lüge gebrandmarkt.

Die Sühne für den Fahnenraub

DA, Berlin, 22. September.

Am Mittwoch wurde vor der Strafkammer des Landgerichts I in Berlin gegen den Rohrlager Paul Krasinski verhandelt, der bekanntlich am 14. Juli die französische Fahne vom Dache der französischen Botschaft am Pariser Platz in Berlin geraubt hatte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 9 Monate Gefängnis, weil die Tat die Folge gehabt hätte, daß deutsches Militär vor der französischen Fahne in der Reichshauptstadt hätte salutieren müssen. Die Strafe müsse eine abschreckende Wirkung ausüben, damit die schweren Schädigungen unterblieben, die dem deutschen Volke aus derartigen unflugen Streichen entstünden. Das Urteil lautete auf 500 Mark Geldstrafe.

Die Wohnungsnot

Der Wirtschafts- und sozialpolitische Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit der Frage der Wiederbelebung der Bautätigkeit und stellte dabei u. a. folgende Grundzüge auf: Die Linderung der Wohnungsnot soll vorwiegend durch Erstellung von solchen Dauerbauten — Neubauten und Ausbau von Dachgeschossen — erfolgen; die Schaffung von sogenannten Behelfs- und Notwohnungen ist mit Rücksicht auf ihren vorübergehenden Charakter und die trotzdem beträchtlichen Kosten auf das unbedingt erforderliche Maß einzuschränken. Unentbehrlich ist die Freimachung aller bisher für behördliche Zwecke beschlagnahmten und jetzt auch die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht mehr notwendigen Wohnräume zu Wohnzwecken. Der Bau von Wohnungen ist allen beteiligten Kreisen, gemeinnützigen Unternehmungen und Privaten zu ermöglichen. Demzufolge darf sich die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht auf irgend eine bestimmte Bauform beschränken. Für Luxusbauten sind Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln nicht zu gewähren. Bei der Neuproduktion von Wohnungen ist äußerste Sparjamkeit unabweisbare Pflicht. Eine Verbilligung der Baufolien muß unter allen Umständen erreicht werden. Die Zwangsbewirtschaftung der Baustoffe ist abzubauen mit der Maßgabe, daß vorerst ein bestimmter Bruchteil der vorhandenen und neu erzeugten Baustoffe nur für Zwecke des Wohnungsbaues freigegeben wird, um ein rasches Bauen zu ermöglichen.

Die landwirtschaftliche Baustoffindustrie muß sich mit einem beschränkten angemessenen Nutzen begnügen. Soweit es wünschenswert erscheint, sind zur Regelung der Preise Selbstverwaltungsorgane zu bilden aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Im Weigerungsfalle sind einzelne Betriebe unter öffentlicher Aufsicht zu stellen. Dem Baugewerbe ist durch Vereinfachung des Instanzenzuges und Beseitigung entbehrlicher bürokratischer Vorschriften ein schnelleres und vereinfachtes Arbeiten zu ermöglichen. Soweit das Baugewerbe mit Zuschüssen arbeitet, ist der wirkliche Bauaufwand nachzuweisen. Sein Unternehmergewinn ist auf einen angemessenen Nutzen zu beschränken. Hierzu bedarf es der Schaffung von Sachverständigenstellen. Zur Verminderung des Bauaufwandes wird eine Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit für Wohnungneubauten während der Sommermonate — soweit die Lage des Arbeitsmarktes es gestattet — und die Einführung bezug. Gestattung von Akkordarbeiten wesentlich beitragen.

Die Wiederinstandsetzung der bestehenden Häuser ist eine dringende Notwendigkeit. Die bestehenden Gesehe zur Verhinderung ungeheurer Bodenprettulation sind weiter auszubauen. Dem privaten Hausbesitz und den gemeinnützigen Unternehmungen müssen Mietsteigerungen in der Höhe bewilligt werden, daß sie mindestens imstande sind, die Kosten zu decken, die entstehen durch die Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals, einschließlich Amortisation, durch die Dedung aller mit dem Hause verbundenen Lasten, einschließlich der Aufwendung für bauliche Unterhaltung, durch eine angemessene Vergütung für die Verwaltung des Hauses und nötigenfalls eine angemessene Risikoprämie für unversichertes Leerstehen von Mieträumen und Mietverluste.

Gesegentwurf einer Schlichtungsordnung

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit, daß der vorläufige Entwurf einer Schlichtungsordnung zur eingehenden Durchberatung einer aus achtzehn Mitgliedern bestehenden, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzten Kommission überwiesen worden ist. Die Kommission hat die Beratung des Entwurfs begonnen. Die Arbeiten der Kommission, denen der vom Reichsarbeitsministerium im Mai dieses Jahres gedruckt veröffentlichte Referentenentwurf als Grundlage dient, nehmen guten Fortgang, sobald sie voraussichtlich in Kürze abgeschlossen werden können. Es darf hiernach angenommen werden, daß der endgültige Gesegentwurf noch vor Ende des Jahres von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Somit werden wir die Besehtung bald erleben. Die organisierte Arbeiterschaft wird sich auf einen harten Kampf einrichten müssen, denn es besteht keine Gefahr, daß aus den Beratungen ein Gesegentwurf hervorgehen könnte, der auch nur entfernt annehmbar wäre.

Briketts für Kartoffeln

Während nicht nur die großen Städte, sondern auch zahlreiche Dörfer und Landstädte die größten Schwierigkeiten haben, die Bevölkerung mit Heizmaterial zu versorgen, tritt der großagratische landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsoverein in Grimmen mit einem riesigen Angebot von Briketts an seine Mitglieder heran. Um welche Mengen es sich dabei handelt, ersieht man daraus, daß er in einem Rundschreiben erklärt, er habe Verwendung für 25 000 bis 30 000 Zentner gute Speisekartoffeln, die er zu 25 Mark den Zentner anrechnen will. Er bietet für jeden Zentner gelieferte Kartoffeln einen Zentner Briketts zum Preise von 12 Mark, frei Bahnhof Grimmen. Dem Rundschreiben ist eine Postkarte im Vordruck beigelegt, in welcher nur die Zentnerzahl der Kartoffeln, die geliefert werden, und der Briketts, die dafür gefordert werden, auszufüllen ist.

Demnach müssen ihm 50 000 bis 60 000 Zentner Briketts zur Verfügung stehen, die er zudem zu einem weit unter dem gegenwärtig üblichen Preis abzugeben hat. Da ist es Pflicht der zuständigen Stellen, sich einmal nach den Brikettlagern dieser landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsstelle umzusehen und dafür zu sorgen, daß diese Briketts dort zur regelrechten Verteilung gelangen, wo die Deignot am größten ist. Im vorliegenden Falle ist eine gründliche und energische Untersuchung um so notwendiger, als die Gefahr besteht, daß der Kartoffelanstausch erfolgt, um die Preise nach Möglichkeit weiter in die Höhe zu schrauben.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier erfuhr in der vergangenen Woche, im Vergleich zu dem gleichen Zeitabschnitt des Vormonats, eine Steigerung, da die Beteiligung an den vertraglichen Ueberziehungen, die in den letzten beiden Monaten bekanntlich schwach gewesen sind, neuerdings wieder zugenommen hat. Die Transportmittel der Eisenbahn und der Wasserstraßen wurden infolgedessen härter in Anspruch genommen, ohne daß der Abtransport besondere Schwierigkeiten machte.

NUR

GANZ

GUTE

Verkauf an Jedermann

Angebote finden Sie in den Lebensmittel-Verkaufsstellen der

Geöffnet 8-1,4-7

Neuköllner Großhandels-Gesellschaft m. b. H.

Pflügerstr. 7 / Donaustr. 131 / Janfastr. 4 / Hermannstr. 5 / Mainzer Str. 45 / Steinmehstr. 114 / Herrfurthstraße 9 / Weisestr. 35 / Kirchhoffstr. 42 / Rogatstr. 11 / Boddinstr. 45 / Kneesebeckstr. 24 / Hermannstr. 142

Theater und Vergnügungen

Volkshaus
6 1/2 Uhr:
Götter von Berlin
Neues Volkstheater
Königsplatz 68
7 1/2 Uhr: Biberpelz

Staatstheater
Opernhaus
Königstr. 10
8 Uhr: Tristan u. Isolde
Schauspielhaus
7 Uhr:
Fuhrmann Henschel

Deutsches Theater
Zum ersten Male:
7 Uhr: Ein jamaikanischer
Kammerpiel
8 Uhr: Brandstiftung
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: Julius Caesar
(Königstr. 10)

Neues Operettenhaus
Direktor Jean Aron
7 1/2 Uhr:
Die Csikósbaronesse
Operette in drei Akten nach
einem Motiv Gedichte
von Fritz Grünbaum.

Königgräber Str.
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Miranolina
Schauspiel von Carlo Goldoni
(Effe Helas, Helas Selzer,
Johannes Wilmann, Julius
Beckert, Ernst Prödel, Dora
Schiller, Essi Brock, Ernst
Wehmer)

Romödienhaus
7 1/2 Uhr: Eine Nacht in Venedig
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer
mit Fritz Maffarz.

Ceiling-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky
Heute und Freitag, 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(Vopstina Konstantin)
Sonntag, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male:
Das Gelübde.
Schauspiel in 3 Aufzügen von
Heinrich Lautenschlager
(Konstantin, Loos, Klöpfer, Lind)

Deutsch. Künstler-Theater
Waldenstr. 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Waldberg und
Trude Hefterberg.

Triamon-Theater
Heute 7 Uhr: Zum 1. Male:
Der Roman einer Frau
Komödie von Rother Schmidt
Iva Wulf, Olga Limburg, Eugen
Burg, Galetti, Falkenstein

Reizend-Theater
Stadtbahn Jannowbrücke,
Untergrundbahn Klosterstraße
Heute nachm. 4 1/2 Uhr: Kleine Preise
Schneewittchen
Täglich Die Freundin
7 1/2 Uhr: Die Freundin
Königsplatz Theater
Alexanderstr. 21 (Königstr.)
Jannowbrücke
Täglich 7 1/2
Gala-Sänger

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Ratten
Kammer-Tanzspiele
Königsplatz 6, am Hollenhorstplatz
Täglich 8 1/2 Uhr:
Orientalisches Ballett
Miki Miami von.

Casino-Theater 7 1/2, 8
Königsplatz
7 1/2, 8 Uhr: Die Brüder Jörn
7 1/2, 8 Uhr: Meisterdetektiv
Hannuken (sonst weitere
10 Septemberaufführungen
Sonntag 7 1/2 u. 1 Kind frei.)

Walhalla Theater
a. Rosenfelder Pl.
Heute, 7 1/2
abends
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm
Ende vor 10 Uhr
Sonntag 2 Vorstellungen.

Theater a. Kottbus. Tor.
Tel. Moritzplatz 14814.
Täglich 7 1/2 u. Sonntag
nachm. 5 Uhr:
Elite-Sänger
Hilfingen-Konzert
Vorv. 11-14, 2. 4-6 U.

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10 62L.

Grundstücksmarkt

Billige an Wald u. Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee bei Tegel.
In jeder Größe.
Anzahlung von M. 500.- an. Günstige Abzahlung.
Kauflust: Terr. Anwesenheit Heiligensee, Berlin SW 13, 7,
Heiligenseer Kirchstr. 15, Telefon: Zentrum 10 126-29,
in Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Heiligensee,
Kirchallee, Teilweise der Tegel-Heiligenseer Straße abgeh.

Alte Gebisse

auch einzelne Zähne, Stück 6.- bis 200.- Mk. Für Platin-
Kontakte, Kronen, Gold- und Silberbrücken, sowie Kupfer,
Messing, Blei und Zink zahle die höchsten Tagespreise.
Scharf, Elssasser Str. 78, Ecke Uckerstr.

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren
Geestemünder Fischhalle Steglitz
Albrechtstr. 131. Ecke Düppelstr.

Gänsefedern
Mittlerer, auch
ungerissen, aus
erster Hand.
Paul Paegelow
Wieson 15 Döbr.

**Parabellums, Remer-
Pistolen, Masers-
Pistolen, 9 mm, sowie
Jagdwaaffen kaut zu
höchsten Preisen**
W. DIEFKE
Kommandantenstr. 36.

Spezial-Arzt

für Haut- und alle Geschlechtsleiden,
Horn- und Blutuntersehungen
Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117
Sprechstunden 1/2 12-2, 1/2 8-10 abends. Sonntag 1/2 11-1 Uhr.
Aufschiebende Besuche mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren
im verschlossenen Kuvert geg. Einzahlung von M. 2.- portofrei.

Spezialarzt f. Haut, Horn, Frauenleid.,
Sphilitis, Salvarsan-Kuren
Blutuntersehungen, Manneschwäche, Damen separat.
Hellenstall Dr. med. Lomner 10-1, 4-7, Sonntag 10-12
Brunnenstr. 185 (zwischen Rosenfelder Platz
und Invalidenstr.)

Spezial-Arzt Dr. Joffe für Geschlechts-,
Haut, Horn, Frauenleid.,
Sphilitis, Salvarsan-Kuren,
Blutuntersehungen, Manneschwäche, Damen separat.
Hellenstall Dr. med. Lomner 10-1, 4-7, Sonntag 10-12
Brunnenstr. 185 (zwischen Rosenfelder Platz
und Invalidenstr.)

Spezial-Arzt Dr. Schott für alle Geschlechts-
leiden, Haut, Horn, Frauenleid.,
Sphilitis, Salvarsan-Kuren,
Blutuntersehungen, Manneschwäche, Damen separat.
Hellenstall Dr. med. Lomner 10-1, 4-7, Sonntag 10-12
Brunnenstr. 185 (zwischen Rosenfelder Platz
und Invalidenstr.)

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
bei Männer u. Frauen, Blutuntersehungen, Manneschwäche, Damen separat.
Hellenstall Dr. med. Lomner 10-1, 4-7, Sonntag 10-12
Brunnenstr. 185 (zwischen Rosenfelder Platz
und Invalidenstr.)

Keine Frau
sollte veräumen, ausführlichen Prospekt über bakteriologische
kostenlos einzufordern. Auf Wunsch sachgemäße Besuche.
Kunz V. Koppmann, Berlin 232, Potsdamer Straße 184.

Phorosan-Heilinstitut
für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Großbeerenstr. 67
Sprechstunden 11-5, außer Dienstag, Sonntag 10-12
Gonorrhoe-Behandlung nach dem neuen schwedischen Phorosan-
Verfahren. Syphilitische, Strömung wissenschaftlich. Spezial-
Leitung. Dep. Zimmer. Kurdauer sechs Wochen. Die Dauer
und ihre Zwillinge. M. 3.-. Preis. H. gegen Post.

Spezialarzt
Dr. med. Rosen
für Sphilitis, Horn, Frauen-
leid., Schwäche, Gelenkskrank-
heiten, sicher und schmerzlos
ohne Bräunliche, Blase und Horn-
untersehungen. (Häuten im Horn.)
Friedrichstr. 81 gegenüber
Königsplatz. 56-57, Rathaus
Sprechst. 10-1, 4-7, Sonntag 10-1
Teilzahl. Separ. Damenzim.



Spulendrähte 2x, Emaillendrähte 0,10
jedes Quantum zu kaufen gesucht
Elektro-Büro, Grüner Weg 100

Hausfrauen! Zahl die höchsten Preise für
wollene Strumpfbüchse, Wollgestricke, Wollgewirke p. 100
10,00 Mk., für alte wollene Damenkleiderstoffe p. 100 7,00 Mk.
Annahme Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonn-
tag bis 5 Uhr abends, im Restaurant Keller, Wollweberstr. 11.

Wir kaufen und zahlen sehr
hohe Preise für
Kupfer,
Blei, Zink,
Messing
Staniol,
Zinnfolie,
Quecksilber,
Aluminium,
Celluloid,
Metallabfälle
Platin,
Gold, Silber,
PETERS
Friedrichstr. 24
MÖBUS
Waldstr. 3
G. ERMEL
Königsplatz 59
DEGENER
Schöneberg,
Waldstr. 44
HAASE
Schöneberg,
Waldstr. 44
BOELKE
Königsplatz 10

Möbel
gegen bar u. Teilzahlung
Herabgesetzte Preise
für alle Arten
Landwehr,
Königsplatz 7 (Waldstr.)
Gold, Silber, Platin,
Zahngelb,
höchster Tagespreis,
kauft
Waldenberger Straße 2

Verkäuferinnen
für
Taschentücher
und
Schürzen
sowie gefucht
Melbungen von 11-12 Uhr
vormittags
Rathaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W. 50
Taventzienstr. 21-24

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Bergstraße 29 Verkauf auch an Nicht-Neuköllner Geöffn. 8-6 Uhr

10 Ausnahmetage für Kostüme 10
vom Freitag, den 24. September bis Dienstag, den 5. Oktober

Moderne Kostüme hellfarbig 75.-
Fesche Kostüme lange Form 145.-
Elegante Kostüme in verschiedenen Farben 275.-
Marineblaue Kammgarn-Cheviot-Kostüme 435.-

Außerdem große Auswahl in Kostümen höherer Preislagen

Reichhaltiges Lager in modernen Ulstern, Röcken und Blusen
Damenhemden, mit Hohlsaum und Stickerzierung, von .. 39,75 an

Sehr preiswertes Angebot in Herrenkleidung

Herren-Anzüge von 190.- bis 775.-
Burschen-Anzüge von 145.- bis 450.-
Hosen gestreift von 60.- bis 175.-
Herbst-Paletots marengo 345.-
Winter-Paletots marengo 380.- 395.-
Winter-Ulster von 115.50 bis 650.-
Sport-Ulster 325.- 350.-

Sonder-Angebot in Strümpfen

Damen-Strümpfe Baumwolle, sehr stark, deutsch lang Paar 11.75
Damen-Strümpfe Wolle, deutsch lang Paar 21.50
Herren-Socken Baumwolle, gestreift Paar 8.50
Herren-Socken Baumwolle, gestreift Paar 9.85
Kinder-Sweater und Trikots in allen Größen und Preislagen

Extra billige Preise in Schuhwaren!

Die Beschlüsse der Dritten Internationale

Leitsätze über die Agrarfrage

(Schluß*)

5. Als die Großbauernschaft sind die kapitalistischen Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel mit einigen Lohnarbeitern wirtschaften und mit der Bauernschaft nur durch ihre Kulturstufe, ihre Lebensart und durch persönliche körperliche Mitarbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind.

Dies ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die unmittelbar und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter, auf den Kampf mit dieser Schicht, muß bei der Arbeit der kommunistischen Partei auf dem Lande das Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind von dieser Schicht alle möglichen Reaktionen von Widerstand, Sabotage und unmittelbarem bewaffneten Widerstand gegenrevolutionären Charakter zu erwarten. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der geistigen und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht zu entwaffnen und ihr, neben dem Sturm der Kapitalisten der Industrie, bei der ersten Neukierung von Widerstand einen entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen. In diesem Zweck muß das ländliche Proletariat bewaffnet und in Sowjets (Gutoräten) organisiert werden, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern der überwiegende Einfluß gesichert werden muß.

Die Enteignung der Großbauern selbst darf jedoch nicht die unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats sein, denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaft sind die materiellen, insbesondere die technischen, ferner auch die sozialen Bedingungen noch nicht. In einzelnen Fällen, wahrscheinlich in Ausnahmefällen, werden jene Teile ihrer Grundstücke enteignet werden, die für die Kleinbäuerliche Bevölkerung der Umgebung besonders notwendig sind; dieser letzteren muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teiles der landwirtschaftlichen Maschinen der Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden. Im allgemeinen kann die proletarische Staatsmacht den Großbauern das Land belassen, nur im Falle des Widerstandes gegen die Macht der Werktätigen und Ausbeuteten enteignen. Die Erschaffung der proletarischen Revolution in Rußland, in der sich der Kampf gegen die Großbauern infolge einer Reihe von besonderen Bedingungen in die Länge gezogen hat und besonders verwickelt ist, hat dennoch gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie für den geringsten Widerstand eine gehörige Lehre erhält, fähig ist, lokal die Anforderungen der proletarischen Staatsmacht zu erfüllen, und daß diese Schicht sogar beginnt, Achtung vor dieser Macht zu empfinden, die jeden Arbeitenden schützt und den reichen Mächtigungen schonungslos verfolgt.

Die besonderen Bedingungen, die den Kampf des über die Bourgeoisie siegreichen Proletariats mit den Großbauern in Rußland erschweren, bestehen hauptsächlich in folgendem: Die russische Revolution hat nach der Umwälzung vom 25. 10. (7. 11.) 1917 das Stadium des allgemeinen demokratischen, d. h. im Grunde bürgerlich-demokratischen Kampfes der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsherrschaft durchlaufen. Das ländliche Proletariat war kulturell und zahlenmäßig schwach und die Entfernungen wirkten bei den äußerst schlechten Verkehrswegen sehr erschwerend.

Das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas muß den vollen Sieg über den Widerstand der Großbauern energisch vorbereiten, jede Möglichkeit, auch nur den geringsten Widerstand zu leisten, beseitigen und den Sieg bedeutend schneller, entschlossener und erfolgreicher vollenden. Dieser volle Sieg der Massen der Landarbeiter, der Halbproletariats und der Kleinbauern ist unentbehrlich und ohne ihn kann die proletarische Macht nicht als gesichert und widerstandsfähig gelten.

6. Das revolutionäre Proletariat muß unverzüglich, ausnahmslos und ohne jede Einschränkung das gesamte Land der Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer und derjenigen Personen enteignen, die unmittelbar oder durch ihre Pächter systematisch die Arbeitskraft der Lohnarbeiter, der umliegenden Kleinen (nicht selten auch der mittleren) Bauernschaft ausbeuten, und nicht selbst körperlich arbeiten. Hierher zählen der größte Teil der Nachkommen der Feudalherren — der Adel in Rußland, Deutschland und Ungarn, der wieder hergestellte feudale Großgrundbesitz in Frankreich, die Landlords in England, die ehemaligen Sklavenhalter Amerikas — ferner reich gewordene Finanzmagnaten oder die Mischlinge dieser beiden Arten von Ausbeutern und Mächtigungen. In keiner Form darf in den Reihen der kommunistischen Partei die

Propaganda oder Durchführung einer Entschädigung der Großgrundbesitzer für die enteigneten Ländereien zugelassen werden, da das bei der heutigen Lage Europas und Amerikas einen Verrat am Sozialismus und die Auferlegung neuer Lasten auf die werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten würde. Diese Massen sind schon mehr als genug durch den Krieg, der die Zahl und den Reichtum der Millionäre vervielfacht hat, belastet worden.

Für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erkennt die kommunistische Internationale es als richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaft in Rußland zu führen.*

In Rußland mußte man infolge der wirtschaftlichen Rückständigkeit dieses Landes meist zur Aufteilung der Ländereien unter die Bauern und zur Ausnutzung durch die Bauern schreiten. Nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen gelang es, die Ländereien zur Einrichtung einer sogenannten Sowjetwirtschaft zu verwenden, die vom proletarischen Staat auf eigene Rechnung geführt wird; die früheren Lohnarbeiter werden zu gleicher Zeit Staatsarbeiter und Mitglieder der Sowjets, die den Staat verwalten, verwandelt.

Die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wahrte am besten die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, der beschloßen Landarbeiter und der halbproletarischen Parzellenbesitzer, die ihren Unterhalt in der Hauptache durch Lohnarbeit in den Großbetrieben verdienen. Außerdem macht die Nationalisierung der Großbetriebe die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Versorgungsfrage unabhängig von der Bauernschaft.

Andererseits kann es dort, wo noch Überreste der mittelalterlichen Verfassung, des Feudalismus, zu besonderen Formen der Ausbeutung führen, wo hohe Grundrente oder das System der Halbpacht bestehen usw., unter Umständen notwendig sein, den Bauern einen Teil des Bodens der großen Güter zu überweisen.

In Ländern und Gebieten, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl Kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, die danach trachten, Land zu erhalten, kann die Verteilung des Landes der Großbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen, während die Erhaltung des Großbetriebes nicht von besonderer Bedeutung für die Versorgung der Städte ist.

Die Sicherheit eines dauerhaften Sieges ist unter allen Umständen die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats. Wegen des Erfolges der Revolution darf das Proletariat selbst vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken. Der dauernde Bestand der proletarischen Gewalt kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die mittlere Bauernschaft neutral zu halten und die Unterstützung des größten Teiles, wenn nicht der gesamten Kleinbauernschaft zu erreichen.

Tendenziell müssen dort, wo eine Aufteilung des Großgrundbesitzes eintritt, in erster Linie die Interessen der ländlichen Proletariats gewahrt werden.

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt ohne Entschädigung in Staatseigentum überführt werden unter der unerlässlichen Bedingung, daß dieses Inventar nach der Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den Kleinbauern unentgeltlich benutzt werden kann unter Beobachtung der durch den proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen.

Wenn in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die unentgeltliche Enteignung der Großgrundbesitzer ohne Entschädigung unbedingt erforderlich ist, sondern auch ihre allgemeine Internierung als Führer der Gegenrevolution und schonungslose Zynannen der gesamten ländlichen Bevölkerung, so muß mit der Befreiung der proletarischen Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande das Bestreben einsehen, Männer aus der Bourgeoisie mit wertvollen Erfahrungen, Wissen und organisatorischen Fähigkeiten systematisch unter besonderer Aufsicht zuverlässiger kommunistischer Arbeiter und Kontrolle der Guisträte zur Schaffung des sozialistischen Großbetriebs in der Landwirtschaft heranzuziehen.

7. Der Sozialismus wird erst dann den Kapitalismus endgültig besiegen und für immer gesichert sein, wenn die proletarische Staatsmacht jeden Widerstand der Ausbeuter gebrochen, sich vollständige Herrschaft und völligen Gehorsam gesichert, die Industrie auf der Grundlage des wissenschaftlichen Großbetriebes und der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft) wieder aufgebaut hat. Nur das gibt der Stadt die Möglichkeit, technisch und sozial der zurückgebliebenen und zerstreuten Landbevölkerung eine so wirksame Hilfe zu gewähren, daß dadurch die materielle Grundlage für die großzügige Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität und der ländlichen Arbeit überhaupt geschaffen werden kann. Auch werden auf diese Weise

*) Ebenso wird es zweckmäßig sein, die Bildung von Kollektivbetrieben (Gutsgenossenschaften, Kommunen) zu unterstützen.

die kleineren Landbesitzer durch die Macht des Beispiels und des eigenen Vorteils veranlaßt, zum großen gemeinschaftlichen mit Maschinen arbeitenden Betrieb überzugehen.

Besonders auf dem Lande erfordert die wirksame Durchführung eines erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus folgendes: 1. Die kommunistischen Parteien müssen dem Industrieproletariat die Erkenntnis der Notwendigkeit von Opfern für den Sturz der Bourgeoisie und die Festigung der proletarischen Macht aneignen, denn die Diktatur des Proletariats bedeutet sowohl die Fähigkeit des Proletariats, alle arbeitenden und ausgebeuteten Massen zu organisieren und zu leiten, als auch die Fähigkeit des Vortrupps, um dieses Zielles willen die äußersten Anstrengungen zu machen und die heroischen Opfer zu bringen. Für den Erfolg ist es dringend notwendig, daß die arbeitenden am meisten ausgebeuteten Massen auf dem Lande durch den Sieg des Proletariats sofort und bedeutend auf Kosten der Ausbeuter in ihrer Lage verbessert werden, denn ohne dies könnte das industrielle Proletariat nicht über auf die Unterstützung des ländlichen Landes und auch nicht auf die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln rechnen.

2. Die ungeheure Schwierigkeit, die Massen der arbeitenden Landbevölkerung, die durch den Kapitalismus geistig unentwikkelt, zerstreut, unterdrückt und oft in einem Zustand halbmittelalterlicher Abhängigkeit gehalten werden, zu organisieren und zu revolutionären Kämpfen zu erziehen, verlangt von der kommunistischen Partei besondere Aufmerksamkeit für die Streifsbewegung auf dem ländlichen Lande, trafovolle Unterstützung und allseitige Entwicklung der Massenarbeit der ländlichen Proletariats und Halbproletariats. Die Erfahrung der russischen Revolutionen 1905 und 1917, nunmehr bestätigt und erweitert durch die Erfahrungen in Deutschland, Polen, Italien, England und anderen fortgeschrittenen Ländern, beweist, daß nur die fortschreitende Streifsbewegung der Massen (unter Umständen bei Teilnahme der Kleinbauern) imstande ist, das schlummernde Dorf zu wecken, das Klassenbewußtsein und die Einsicht von der Notwendigkeit einer Klassenorganisation unter den ausgebeuteten Massen des ländlichen Landes heranzurufen und die Wichtigkeit ihrer Vereinigung mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor Augen zu führen. Die Forderung der gewerkschaftlichen Organisationen der Landarbeiter und die Mitarbeit der Kommunisten in den Land- und Forstarbeitergewerkschaften ist aus diesem Grunde besonders notwendig. Auch die Bildung von Kooperativen (Produktionsgewerkschaften), die aus der ausgebeuteten ländlichen Bevölkerung sich bilden, und die in engem Zusammenhang mit der revolutionären Arbeiterbewegung stehen, ist von den kommunistischen Parteien zu unterstützen. Ferner ist eine besondere Agitation unter den Kleinbauern zu betreiben.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt diejenigen Sozialisten als Verräter und Ueberläufer, die es lieber nicht nur in der 2. gelben Internationale gibt, sondern auch in den aus dieser Internationale ausgestiegenen für Europa besonders wichtigen Parteien, die es fertig bringen, nicht nur der Streifsbewegung auf dem Lande gleichgültig zuzusehen, sondern (wie diese Gewerkschaftsbureaufokratie, die Schiedsmänner und Kartelle) gegen die Streiks aufzutreten, weil sie sie nur unter dem Gesichtswinkel einer Gefahr der Verminderung der Produktion von Lebensmitteln betrachten. Keinerlei Programme und keine noch so feierlichen Erklärungen haben den geringsten Wert, wenn nicht durch die Tat bewiesen wird, daß die Kommunisten und die Arbeiterführer die Entwicklung der proletarischen Revolution und ihren Sieg über alles stellen, daß sie deshalb die schwersten Opfer zu bringen verstehen, da es keinen anderen Ausweg und keine anderen Mittel gibt, um den Hunger und den Jersfall für immer zu besiegen und neue imperialistische Kriege zu verhindern. Die kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um möglichst bald auf dem ländlichen Lande zur Gründung von Sowjets als Vertretern der Lohnarbeiter und Halbproletariats überzugehen. Auch ist die Bildung von Kleinbauernräten zu propagieren. Nur in Verbindung mit der Klassenstreifsbewegung und mit der am meisten unterdrückten Klasse werden die Sowjets imstande sein, ihre Aufgabe zu erfüllen und sich so befähigen, um die Kleinbauern ihrem Einfluß zu unterwerfen und später auch durch Zusammenschluß der Kleinbauern mit den Landarbeiter-räten diese in ihren Bestand aufzunehmen. Solange die Streifsbewegung aber noch nicht stark ist und die Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats noch schwach entwickelt ist, sowohl infolge des schweren Drucks seitens der Grundbesitzer und Großbauern wie auch infolge der mangelnden Unterstützung seitens der Industriearbeiter und ihren Organisationen, erfordert die Bildung von Sowjets auf dem Lande eine langwierige Vorbereitung. Diese Vorbereitung muß geschehen durch die Schaffung, wenn auch vorläufig noch so kleiner kommunistischer Parteien, durch eine aktive Propaganda, die in gemeinverständlicher Form die Forderungen des Kommunismus dargelegt und an Hand von Beispielen die verschiedensten Methoden der Ausbeutung und Knechtung illustriert, ferner durch systematische Agitationsreisen von industriellen Arbeitern auf das ländliche Land usw.

Die Utopie in der Wirklichkeit

Eine Friedensnovelle

von August Strindberg.

— Was ist die Uhr? — fragte er sich selbst. — Sechs! Also in zwei Stunden, Herr Pastor, sollen die Gefangenen erschossen werden, ohne Urteil und Untersuchung!

— Umöglich! Herr Leutnant, man schießt Leute nicht so in die Ewigkeit!

— Ewigkeit oder nicht, die Ordre lautet, es soll bis zur Sechsstunde abgemacht sein, falls ich nicht mich selbst für einen ansehen will, der mit den Freischützen gemeinsame Sache gemacht hat. Und hier folgt ein scharfer Tadel, daß ich nicht bereits die Ordre vom 31. August ausgeführt habe. Herr Pastor, gehen Sie hinein und sprechen Sie mit ihnen, und ersparen Sie mir die Unannehmlichkeit...

— Sie finden es unangenehm, ein rechtskräftiges Urteil mitzuteilen!

— Aber ich bin doch wohl auch ein Mensch, Herr Pastor! Glauben Sie nicht, daß ich ein Mensch bin?

Er riß den Rock auf, um sich Luft zu machen, und begann, im Zimmer auf und ab zu wandern.

— Warum dürfen wir nicht immer Menschen sein? Warum sollen wir Doppeltgänger sein! O! Herr Pastor, gehen Sie hinein, und sprechen Sie zu ihnen! Sind es verheiratete Leute? Haben sie Weib und Kind? Eltern vielleicht?

— Sie sind alle drei unverheiratet — antwortete der Pastor. — Doch diese Nacht wenigstens könnten Sie ihnen schenken!

— Unmöglich! Die Ordre lautet: vor der Sechsstunde, und beim Tagesgrauen sollen wir aufbrechen. Gehen Sie zu ihnen hinein, Herr Pastor! Gehen Sie zu ihnen hinein!

— Ich will gehen! Aber achten Sie darauf, Herr Leutnant, daß Sie nicht in Hemdsärmeln ausgehen, wenn Sie ausgehen. Sie könnten daselbe Geschick treffen wie jene, denn es ist ja der Rock, der den Soldaten macht!

Und der Richter ging. Herr von Bleichroden schrieb in sehr erregtem Zustand die letzten Zeilen unter seinen Brief. Darauf versiegelte er ihn und klingelte nach der Ordonnanz.

— Befördern Sie diesen Brief —, sagte er zu dem Eintretenden, — und schicken Sie den Sergeanten her. — Der Sergeant kam.

— Dreimal drei macht neunundzwanzig, nein, dreimal sieben sind... Sergeant, nehmen Sie dreimal... nehmen Sie siebenundzwanzig Mann und füllen Sie die Gefangenen in einer Stunde. Hier ist die Ordre!

— Sie erschließen? — fragte der Sergeant zögernd.

— Füllieren, ja! Wählen Sie die schlechtesten Leute aus, welche schon im Feuer gewesen sind. Sie verstehen. Zum Beispiel Nr. 86 Befehl, Nr. 19 Gewehr und in dem Stiel! — Beordern Sie ferner für mich eine Abteilung von sechzehn Mann, gleich sofort. Die besten Kerle! Wir werden nach Fontainebleau zu reognostizieren, und wenn wir wiederkommen, soll es getan sein. Haben Sie verstanden?

— Sechzehn Mann für den Herrn Leutnant, siebenundzwanzig für die Gefangenen, Gott behüte den Herrn Leutnant!

— Und damit ging er.

Der Leutnant knöpfte seinen Rock sorgfältig zu, schnalzte das Koppel um den Leib und steckte einen Revolver in die Tasche. Daraus zündete er eine Zigarre an, aber er konnte unmöglich rauchen, denn es fehlte ihm Luft in den Lungen. Er stäubte seinen Schreibtisch ab. Er nahm sein Taschentuch und wuschte über die Papierschere, die Poststange und die Streichholzschachtel. Er legte das Lineal und den Federhalter parallel, genau rechtwinklig mit dem Löschpapier. Daraus begann er die Möbel in Ordnung zu stellen. Als das getan war, nahm er Kamm und Bürste hervor und ordnete sein Haar vor dem Spiegel. Er nahm die Palette herunter und untersuchte die Farbenlecke, er prüfte alle roten Mützen und versuchte, die Staffelei auf zwei Beinen zum Stehen zu bringen. Als das Gelitz der Gewehre von seiner Handtruppe auf dem Hofe zu hören war, gab es nicht einen Gegenstand im Zimmer, den er nicht in den Fingern gehabt hätte. Und dann ging er hinaus. Kommandierte links um, marsch! und zog zum Hofe hinaus. Es war, wie wenn er vor einer feindlichen Hebermacht liefe, und die Truppe konnte ihm nur schwer folgen. Als er aufs Feld hinauskam, ließ er die Leute in einer Reihe gehen, einen hinter dem anderen, damit sie nicht das Gras niedertraten. Er drehte sich nicht um, aber

sein Hintermann konnte sehen, wie sich das Tuch am Rücken seines Rockes dann und wann im Krampf zusammenzog, wie wenn man schaudert oder einen Schlag von hinten erwartet. Im Waldande wurde Halt kommandiert. Er befaß der Mannschaft, sich still zu verhalten und auszuruhen, während er in den Wald hineinging.

Als er jetzt in die Einsamkeit gekommen war und genau nachgesehen hatte, daß ihn niemand sehen konnte, holt er tief Atem und wandte sich den dunklen Dickichten zu, durch welche die schmalen Fußsteige nach Gorge-aux-Voups führen. Das Unterholz und die Büsche lagen bereits im Schatten, doch oben in den Wipfeln von Eichen und Buchen schien noch greiß die Sonne. Es war ihm, als läge er auf dem dunklen Segrunde und sähe durch das grüne Wasser das Tageslicht über sich, das er niemals mehr erreichen würde. Der große wunderschöne Wald, der früher seinen kranken Geist geheilt hatte, war heute Abend so unharmonisch, so abstoßend, so kalt! Das Leben lag so herlos, so widersprechend, so voll von Doppelsinn vor ihm, und er fand, die Natur selbst sähe in ihrem unbewußten, unfreien Traumleben unglücklich aus. Hier wurde auch der furchtbare Kampf ums Dasein geführt, unblutig zwar, aber ebenso grausam wie draußen im wachen Leben. Er sah, wie die kleinen Eichen sich zu Büschen aufblähten, um die zarten Pflanzen der Buche zu töten, die nur niemals etwas anderes als Pflanzen werden würden; und von tauend Buchen war es bloß eine, die hinauf zum Licht kommen und dadurch ein Kiese werden konnte, der seinerseits den anderen das Leben stehlen würde. Und die Eiche, die rückstillsche, welche ihre knorrigen rohen Arme ausstreckte, als wolle sie die ganze Sonne für sich behalten, sie hatte den unterirdischen Kampf erfunden. Sie fandte ihre langen Wurzeln nach allen Richtungen aus, unterminierte den Boden, fraß den anderen auch die geringsten Nahrungsstoffe fort, und wenn sie ihre Widersacher nicht zu Tode schatzen konnte, hungerte sie sie zu Tode. Die Eiche hatte bereits den Nichtenwald gemordet, aber die Buche kam als Rächer, langsam aber sicher, denn ihre scharfen Äste töten alles, was sie zur Herrschaft kommt. Sie hatte die Vergiftungsmethode erfunden, und die war unwiderrstlich, denn nicht ein Kraut konnte in ihrem Schatten wachsen, sondern der Boden war schwarz wie ein Grab um sie herum, und darum gehörte ihr die Zukunft.

(Fortsetzung folgt.)

Wem nügen die Arbeitsgemeinschaften?

Mit der Stellungnahme zur Reichsarbeitsgemeinschaft der Lederindustrie beschäftigte sich kürzlich eine sehr gut besuchte Versammlung der Berliner Mitglieder des Sattler-, Tapezierer- und Portefeulien-Verbandes.

Der Korreferent Blum bezeichnete die Arbeitsgemeinschaften als ein neues Mittel, das uns die Revolution in die Hand gedrückt habe.

Nach den beiden Referaten setzte eine Diskussion ein, die aber verlagert werden mußte, da sich noch eine große Anzahl von Rednern zum Wort gemeldet hatte.

Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin hat sich auf den Boden des Klassenkampfes. Daher erklärt sie sich als grundsätzlicher Gegner der Reichsarbeitsgemeinschaft.

Die Generalversammlung erkennt an, daß die Verbandslitung den Anschluß an die Reichsarbeitsgemeinschaft vollziehen hat, in dem Bestreben, auch auf diesem Wege die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren.

Die Unternehmer haben ferner kein Interesse und entgegenkommen gezeigt in der Frage der Entschädigung der Arbeiter, der Innehaltung des Betriebsrätegesetzes und der Einschränkung der Arbeitszeit ohne Entlohnung.

Wie die Gelder der Steuerzahler verschwendet werden

Vom Betriebsrat der Eisenbahnen des städtischen Osthafens wird uns geschrieben:

Die Eisenbahnen des städtischen Osthafens sind dem Reichseisenbahnerverband angegeschlossen, der seit 1. Juni d. J. Gültigkeit hat.

Die Berliner Zimmerer hielten am 16. d. M. im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung ab.

Die Berliner Zimmerer hielten am 16. d. M. im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Crispian über den „Stand der Arbeiterbewegung“.

rolen seien niemals etwas anderes als Zerpfitterungsstahl gewesen. Weil die U. S. B. D. diese Politik nicht mitmacht, werde sie von dem Haß der A. B. D. verfolgt.

Uachtung, Kollegen der Firma Gantsch, Bronze, Weissenhof! Alle Kollegen, die an der Klage beim Gewerbegericht im November vorigen Jahres interessiert sind, werden gebeten, am Donnerstag, den 28. September, abends 7 Uhr im Lokal von Bogamtsch, Reichshaus, Ede-Wilhelm-Strasse, zu einer Besprechung sich einzufinden.

Betriebsräte

Aus der Sitzung der Hauptauschüsse

Die Hauptgruppenauschüsse aller Industrie- und Verkehrsgruppen nahmen am 20. d. M. den Bericht über die Tätigkeit der Zentrale der Betriebsräte entgegen.

Die Zentrale nahm die Vorarbeiten zur Klärung und Lösung der Arbeitslosenfrage in Angriff. Es zeigt sich immer mehr, daß diese Frage zu einem Kampf innerhalb der Arbeiterschaft führt, anstatt den Kampf der gesamten Arbeiterschaft zur Lösung dieser Frage zu konzentrieren.

In diesen Besprechungen sollen die Gruppenräte gewählt werden, die dann organisch den Hauptgruppen der Industrien angegliedert werden und die ihre Vertreter in die Generalversammlung der Betriebsräte entsenden werden.

Die in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen der Betriebsräte (siehe ebenfalls Inserat in dieser Nummer) der Industrien und Verkehrsgruppen sollen sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen und die aktive Unterstützung der Arbeitergruppen stellen.

Die Zentrale gab weiter Bericht über die Maßnahmen, die zur tatsächlichen Feststellung der Sabotage des Wirtschaftslagens durch das Unternehmertum eingeleitet worden sind.

- Diese Fragebogen enthalten folgende Fragen: 1. Hauptproduktion des Betriebes. — 2. Anzahl der Beschäftigten, die zur Zeit im Betrieb beschäftigt sind. — 3. Arbeiter der Betrieb zur Zeit voll? — 4. Wieviel Stunden wird zur Zeit wöchentlich gearbeitet? — 5. Ist der Betrieb eingestellt? a) durch Auflösung einzelner Teile des Betriebes? b) durch Entlassung von Arbeitern? — 6. Wenn ja, aus welchen Gründen? — 7. Werden regelmäßige Überstunden gemacht? — 8. Wenn ja, aus welchen Gründen? — 9. Wieviel a) männl., weibl. Arbeiter; männl., weibl. Angest. waren vor der Einschränkung im Betrieb beschäftigt? b) Wieviel wurde wöchentlich vor der Einschränkung gearbeitet? — 10. Seit wann arbeitet der Betrieb verkürzte Arbeitszeit? a) oder seit wann ist er eingestellt? b) jenen Beschäftigte schätzungsweise? c) wenn ja, aus welchen Ursachen? — 11. Entsprächen die Gründe des Unternehmers, mit denen er die Einschränkung oder Verkürzung der Arbeitszeit begründete, den Tatsachen? — 12. Ist der Betriebsrat der Überzeugung, daß voll produziert werden kann? a) Gründe, b) Ist Rohmaterial da? — 13. Ist dem Betriebsrat bekannt, daß Aufträge vorhanden sind? — 14. Wenn Aufträge vorhanden, warum läßt der Unternehmer nicht produzieren? a) Nach Meinung des Betriebsrates? b) Nach Angaben des Unternehmers?

Diese Fragebogen, welche in den oben angeführten Gruppenversammlungen ausgegeben werden, müssen von den Betriebsräten ausgefüllt der Zentrale m/d. B. zugestellt werden.

Betriebsräte der Metallindustrie! Wir möchten auf diesem Wege noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die in der letzten Volksversammlung der Betriebsräte verabschiedeten Fragebogen unbedingt bis einschließlich 25. September in dem Besitz der Verwaltung sein müssen, damit für die kommende Betriebsprüfung das Material vollständig vorverlegt werden kann.

Die Wahl des Magistrats

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung kam endlich dazu, die Wahlen für den Magistrat vorzunehmen. Der Vorschlag, den bisherigen Oberbürgermeister Wermuth auch für die neue Stadtgemeinde als Oberhaupt zu wählen, fand den Widerspruch der Volkspartei und der übrigen bürgerlichen Parteien.

Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg

Aktions-Konferenzen, Montag, den 27. September, abends 8 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Schiedlerstr. 5/6, Bezirks-Obstanz-Konferenz.

Stadtverordnetenfraktion

Wir ersuchen die Stadtverordneten heute, Donnerstag, pünktlich um 4 Uhr im Stadtverordnetenparlament zu erscheinen.

Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.

Die Eintrittskarten für die Proletarischen Feiertage am 3., 10., 17. und 24. Oktober für alle Distrikte können von unserem Bureau abgeholt werden.

Sprechchor für die Proletarischen Feiertage. Aus besondern Gründen muß in dieser Woche der Übungsabend am Sonnabend, den 25. d. Mts. in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Steinstraße, abends 7 Uhr, stattfinden.

Eintrittskarten à 4 Mk. zur Theateraufführung im Neuen Volkstheater am Sonntag, den 28. September, sind in unserem Bureau Schiedlerstr. 5-8 zu haben.

Die Wohnungsinspektion gegen Mieteinigungsamt

Wir haben am 3. August von der Ausbeutung der Mieter im Ledigenheim in der Waldenstraße berichtet, die dort zugunsten eines Faktors und zweier Inspektoren betrieben wird.

Es erscheint uns dringend notwendig, daß die Kompetenz der Wohnungsinspektion fest umgrenzt und mit gewissen Leuten dort gründlich aufgeräumt wird.

Gewaltakte gegen Obdachlose

Ueber ausserordentliche Vorgänge, die sich am Dienstag früh vor dem städtischen Obdach in der Frobelsstraße abspielten, wird uns jenes genbes mitgeteilt: Die Obdachlosen hatten sich auf Befehl ihrer Arbeiterräte frühmorgens 7 Uhr versammelt.

Ein Demonstrant erhielt bei dem Vorfall schwere Verletzungen. Nachdem circa 30 Sicherheitskudaten eintrafen, wurden die Demonstranten verstreut.

Kommunale Kommission für Groß-Berlin. Heute abend 6 Uhr Distrikts-Obstanzkonferenz in der Bildungsschule, Schiedlerstr. 5/6. Die Berliner Distrikts sowie die Verwaltungsbezirke Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Hellersdorf, Steglitz, Tempelhof, Schöneberg, Reinickendorf, Treptow, Copenick, Nichtenberg, Weihensee, Pantow, Keimlingsdörfler wählen auf der Konferenz Vertreter sein.

Sprachschule für Proletarier. Am 1. Oktober beginnen die neuen Winterkurse in Englisch und Französisch für Arbeiter ohne Vorkenntnisse. Anmeldungen: Donnerstag, den 23. 9., Freitag, den 24. 9. und Sonnabend, den 25. 9. von 6-8 Uhr abends, im Zimmer 7 der 24. Gewerkschaft, hinter der Garnisonkirche, Postrechtler Seitenstr. (Nähe Wf. Börse), und für Ermöglichte (Abendkurs) in Nummer 9 der Gemeindeschule Cispstr. 23 a (Nähe Wofenstraße Str.).

Verhöre. Die zu Freitag, den 24. September angesetzte Versammlung des Verbandes sozialistischer Lehrer kann nicht stattfinden.

